

blick nach

rechts

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 7611 62 49
Bfz: 100 500 00 / Fax: Nr. 0670017787

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 7, 4. April 2002

Einblicke

Ausgekocht

Von Helmut Lölhöfel

Die viel diskutierte, höchst umstrittene Entscheidung des Bundesrats über das Zuwanderungsgesetz hat Folgen für das politische Klima in Deutschland – vielleicht über den Tag der Bundestagswahl hinaus. Wahrscheinlich werden, ohne dass die Urheber es beabsichtigt haben, einmal wieder die Rechten gestärkt. Aus mehreren Gründen.

Das freimütige, aber einfältige Eingeständnis des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller, die künstliche Empörung der Unions-Regierungschefs sei vorher ausgekocht gewesen, wird sich verhängnisvoll auswirken. Denn damit ist belegt, was viele Menschen denken: Die ganze Politik sei ein inszeniertes Theater. So werden antiparlamentarische Effekte hervorgerufen oder verstärkt. Wahlenthaltung und Hang zu Extremen sind absehbare Konsequenzen.

Dass Kanzlerkandidat Edmund Stoiber kein Zuwanderungsgesetz für ein Einwanderungsland will, sondern eine gesetzliche Begrenzung des Zuzugs von Ausländern, hat er nie verhehlt. Seine Chance, das Thema zu seinem Thema zu machen, war der absichtsvoll herbeigeführte Eklat im Bundesrat. Es kann ja nicht falsch sein, wenn über ein Thema, das die Menschen berührt und umtreibt, auch im Wahlkampf offen gestritten wird. Aber bitte sachlich und nicht aufgepeitscht. Die Gefahr besteht nun, dass mit Schlagworten und Falschinformationen Emotionen geschürt werden. Auf dieser Welle schwimmen die Rechtsextremen. So bekommen sie Oberwasser.

NPD, DVU und Republikaner werden auch bei der Wahl am 22. September sicher keine Ausschlag gebende Rolle spielen. Aber das neue Auffangbecken Unzufriedener und Enttäuschter, die rechtspopulistische Schill-Partei, dürfte Vorteile aus der angeheizten Diskussion um das Zuwanderungsgesetz ziehen. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 21. April können wir die ersten Folgen ablesen.

Geleitmusik zur Gewalt

Über mehrere Stunden konnten bekannte Neonazibands unbehelligt von der Polizei rund 1000 Fans einheizen.

Seite 3 ■

Absage an die Moderne

Die Ideologie der Neuen Rechten bedarf stets einer spirituellen Unterfütterung.

Seite 4 ■

Rechte Sprachhüter

Im Kampf gegen „Denglisch“ und die Rechtschreibreform sind auch immer wieder nationalistische Töne zu vernehmen.

Seite 6 ■

Zur Gewalt bereit

Der niedersächsische Verfassungsschutz bilanziert einen deutlichen Anstieg des militanten rechtsextremen Potenzials.

Seite 8 ■

Unverzichtbare Bände

Die Reihe „Justiz und NS-Verbrechen“ zeichnet sich durch eine meisterhafte Geschichtsschreibung aus.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Ausland**Im „Stürmer“-Stil**

Antisemiten werden in Budapest möglicherweise in der Regierung mitreden.

Die Warnung von Bundeskanzler Gerhard Schröder ging in den Medien etwas unter. Es bestehe die konkrete Gefahr, dass neue ausländerfeindliche und rassistische Parteien in Europa an Boden gewinnen und ein Klima des Hasses und der Intoleranz erzeugen können, erklärte Schröder am 18. März auf einer Pressekonferenz in Amsterdam. Der Ort war nicht zufällig gewählt. Schröder sicherte dort seinen niederländischen Parteifreunden Unterstützung im Wahlkampf zu. Denn in dem bisher nicht zu Unrecht als liberal geltenden Nachbarland könnte bei den Parlamentswahlen am 15. Mai eine rechtspopulistische Partei um den Soziologieprofessor Pim Fortuyn die politische Landschaft umpflügen. Bei den Kommunalwahlen am 6. März gelang es Pim Fortuyn mit Forderungen nach Ausländerstopp und Hetze gegen Moslems auf Anhieb, in Rotterdam zur stärksten Partei zu werden. Fortuyn, der in den Medien als Ronald Schill der Niederlande bezeichnet wird, kann als Prototyp des postmodernen Rechts bezeichnet werden, der gleichzeitig bekennender Homosexueller und Lebemann ist.

Da sind die ungarischen Rechtsextremen von der Partei für Wahrheit und Leben (MIEP) noch von der alten Schule. Bisher ist die Partei vor allen durch ihre ständigen antisemitischen Ausfälle aufgefallen. Unübertroffener Weltmeister darin ist der Parteivorsitzende und ehemalige Schriftsteller Istvan Csurka. Aber seine Parteifreunde stehen ihm in ihren Ausfällen in nichts nach. So schreibt der MIEP-Abgeordnete und Geistliche Loránt Hegedüs über „den leidvollen Weg der ungarischen Nation, die sich gegen Türken und Habsburgern behaupten musste“: „All dies hätte der christliche ungarische Staat verkraften können, wenn das Land nicht Scharen der Hergelaufenen aus Galizien überflutet hätten“. Der MIEP-Abgeordnete Tibor Franka hetzte in einem Auftritt im „Radio Kossuth“ im „Stürmer“-Stil über die „jüdische Rasse“. „Bei diesen Leuten tröpfelt die Nase, ihre Ohren liegen tiefer als die Nasenlappchen und schmatzen“. In der Weihnachtsausgabe der parteieigenen Wochenzeitung „Magyar Forum“ wurden einschlägige Schriften als Geschenktipp genannt, darunter: „Der internationale Jude“ von Henry Ford, „Die Erschei-

nung der Juden in der Geschichte des Westens“ von H.S. Chamberlain, „Doktrin des Faschismus“ von Benito Mussolini, „Die Verjudung Ungarns“ von Zoltan Bosnyak und „Das Reich des Führers“ von Johannes Öhquis. Auch ein Buch des Anführers der ungarischen Pfeilkreuzler, Ferenc Szalasi, der für die Ermordung Tausender ungarischer Juden verantwortlich ist und 1946 hingerichtet wurde, wurde im Ungarn dieser Tage zum Bestseller. Sein Titel lautet: „Die Rolle des Judentums im ungarischen Geistesleben“. Für den Musikliebhaber werden Liedersammlungen aus der Zeit von 1910 bis 1943 angeboten. Dort wird unter anderem der Reichsverweser und Hitler-Statthalter Miklos von Horthy und sein Feldzug gegen die Sowjetunion an der Seite der faschistischen Achsenmächte besungen.

■ Der Holocaust als „Episode“ ■

Die MIEP ist nicht etwa eine unbedeutende rechte Splitterpartei. Sie könnte nach den Parlamentswahlen am 7. April ausschlaggebend für die Regierung der rechtskonservativen Partei der Jungdemokraten (FIDESZ) werden. Doch nicht nur deshalb schweigt der gegenwärtige Ministerpräsident Viktor Orbán zu den rechten Ausfällen der MIEP. Er fühlt sich selber im rechten Milieu offenbar sehr wohl. Die Historikerin Maria Schmidt, die zu Orbáns Beraterstab gehört, bezeichnete den Holocaust in einer Fernsehsendung als „eine Episode“. Als der Vorsitzende des französischen Front National, Jean Marie Le Pen, vor Jahren ähnliche Äußerungen machte, war die Empörung groß und die Justiz erhob Anklage. Vom ungarischen Regierungschef war eine Distanzierung nicht zu erwarten. Die Mitgliedszeitschrift der Gewerkschaft ver.di „M“ schrieb in ihrer jüngsten Ausgabe, dass Orbán regelmäßiger Gast bei der rechtsradikalen Radiosendung „Vasárnapi Újság“ („Sonntagsmagazin“) ist.

Auch die rechte Wochenzeitschrift „Magyar Demokrata“ genießt große finanzielle Unterstützung durch die ungarische Regierung. Die Zeitung begrüßte mit der Schlagzeile „Grüß Gott, Haider“ vor über einem Jahr den Machtantritt der rechtskonservativen Wiener Regierung. Die ungarische Rechte hat mit Wohlwollen verfolgt, wie schnell die Anti-Haider-Proteste in Europa verflogen waren. Deshalb wird in Budapest auch nicht erwartet, dass eine Stützung der Regierung durch die unmaskierten Antisemiten der MIEP in Europa zu großen Aufregungen führen würde.

Peter Nowak

Aktivitäten

Dröhnende Gewalt

Die Polizei lässt ein Konzert mit bekannten neonazistischen Gruppen als private Geburtstagsfeier durchgehen.

„Intimidation One“ singen Klartext, wie dies viele deutsche Bands, die Indizierungen vermeiden wollen, selten tun würden: „Hail Hitler, Leader of all White Men/In your memory the Glory will rise again.“ Die vier Männer von der Westküste der USA gehören zu denen, die die Begleitmusik zu Mord und Totschlag liefern. Und das zuweilen sehr direkt: „I pull out my pistol, put a bullet in that nigger's head“, grölen sie. Die „White National Socialist Skinheads“, wie sie sich entsprechend einem ihrer Lieblingsstücke selbst nennen, waren gemeinsam mit ihren Landsleuten von „Max Resist“ auf Deutschland-Tour – mit wechselndem Erfolg.

Während die Polizei in Erfurt am 15. März ein Konzert mit den Gruppen „Garde 18“, „Max Resist“ und „Intimidation One“ auflöste und 138 Rechtsextremisten vorläufig festnahm, hatten die US-amerikanischen Musiker am Tag darauf in den Dortmunder Eventhallen mehr Erfolg. Weit mehr als 1000 Zuhörer feierten bei dem größten Neonazikonzert in Nordrhein-Westfalen seit Jahren die beiden US-Bands und vier deutschen Gruppen: „Hauptkampflinie“ aus Kassel, „Legion of Thor“ aus Berlin, „Boots of Hate“ aus Viersen und – als Gastgeber – „Oidoxie“ aus Dortmund. Den meisten dieser Bands wird eine Nähe zur verbotenen Neonazi-Organisation Blood&Honour nachgesagt.

Die Begeisterung in der Szene darüber, dass es gelungen war, eine Veranstaltung dieser Größe unbehelligt durchzuziehen, war riesig. Ein „total geniales“ und „geiles Konzert“ hatten die Zuhörer erlebt, war anschließend in den entsprechenden Internet-Foren nachzulesen. Für 15 Euro Eintritt bekamen sie mehr als sechs Stunden lang Neonazimusik geboten. „Ich war schon auf vielen Gigs, aber dass war einer der besten!“, jubelte einer. Und ein anderer: „Also habe ja schon viele Konzerte miterleben dürfen ... von der Organisation war dies das beste.“ Ein dritter bilanzierte: „Untereinander gab's keinen Stress, und die Grünen waren auch ruhig!“ Für Dortmunds Polizei hatten die musikbegeisterten Neonazis, die aus dem gesamten Bundesgebiet zum Konzert-Event angereist waren,

Spott parat: „Wenn die Bullen sich nicht so blöd angestellt hätten, hätte das am Samstag auch nicht stattgefunden“, schrieb ein Autor, der sich „Panzerbär“ nennt und offenbar zu den Machern des gleichnamigen Musikzines aus Fürstenwalde gehört.

Die Polizei, die anschließend erklärte, vom Konzert sei „keinerlei Außenwirkung“ ausgegangen, und es sei „störungsfrei“ verlaufen, ist derweil massiv in die Kritik geraten. Schon das, was die Neonazis selbst von sich geben, legt nahe, dass die Polizei sehr früh von der Veranstaltung wusste: „Es war Auflage der Polizei, dass KEINE öffentliche Werbung für dieses Konzert gemacht werden durfte.“ Am Morgen vor der Veranstaltung besuchten Staatsschützer den Betreiber der Veranstaltungshallen, der seinen Saal für einen angeblichen Geburtstag mit rund 100 Gästen und der Generalprobe einer Band für eine folgende Tournee vermietet hatte. „Die haben mich gebeten, die Leute bloß rein zu lassen“, wird der Hallenbetreiber in der Lokalpresse zitiert. „Ein Eingreifen von Polizei und Staatsschutz war unterlassen worden, um gewalttätige Ausschreitungen zu vermeiden“, schrieben die „Ruhr-Nachrichten“.

Trotz aller Kritik beharrte die Dortmunder Polizei auch im Nachhinein darauf, die Teilnehmer hätten sich „legal“ verhalten und das Treffen habe den rechtlichen Status einer privaten Veranstaltung gehabt. Kein Grund also einzugreifen. Das Konzert sei als Geburtstagsfeier mit einer Namensliste von 300 Personen angemeldet worden, berichtete ein Polizei-Sprecher. Dass allerdings nur „geladene Gäste“ willkommen waren, wird von einem der Konzertbesucher im Internet kurz und knapp als „Schwachsinn“ bezeichnet.

Für das nächste Konzert in Dortmund waren die Eventhallen bereits gebucht. Am 31. März sollte dort zum Zwanzigjährigen der rechtsextremen Borussenfront die in Hooligan-Kreisen besonders beliebte Band „Kategorie C“ spielen. Ihre Musik dröhnt auch aus den Boxen von Neonazis: Auf dem Sampler „Die Deutschen kommen II“ findet sich neben Stücken von „Landser“, „Hauptkampflinie“, „Stahlgewitter“ und den „Doitschen Patrioten“ auch ein Titel von „Kategorie C“. Aus ihrem Auftritt in Dortmund wird – zumindest in den Eventhallen – nichts. Der Hallenbetreiber sagte ab – nicht ohne einen Seitenhieb auf die örtliche Polizei, die ihn erneut im Vorfeld nicht über den rechten Hintergrund informiert habe.

Tomas Sager

Aktivitäten**Abkehr von der NPD****■ Künftig eine „feindliche Organisation“ ■**

Nachdem sich die Revolutionäre Plattform (RPF), die die NPD auf einen noch radikaleren Kurs bringen wollte, bereits Anfang des Jahres aufgelöst hatte, nimmt der aus der Partei ausgeschlossene RPF-„Kopf“ Steffen Hupka nun endgültig Abschied. Seit ihrem Bundesparteitag Mitte März stelle die NPD für ihn „eine feindliche Organisation dar“, ließ er seine Kameraden wissen: „Die Partei ist nicht mehr reformfähig.“ Sie habe sich „auf eine Stufe mit DVU und Republikanern gestellt“ – wobei Hupka von dieser Beurteilung Basisgruppen ausnehmen will, mit denen eine Zusammenarbeit weiter möglich sei. Grundsätzlich sei ein Verbleib in der NPD „kontraproduktiv“.

Für Hupka war der Parteitag wenig erfreulich. Nicht nur, dass ihm der Zugang zu dem Kongress verwehrt wurde. Auch die von ihm favorisierten Vorstandskandidaten (BNR 6/02) traten erst gar nicht an oder hatten keinen Erfolg. Hupka: „Bemerkenswert ist, dass trotz der Aufdeckung von VS-Leuten in der Parteiführung und der Duldung dieser Leute durch Voigt und andere Funktionäre, der Parteivorstand praktisch unbeschadet diese Affaire überstanden hat.“ Dabei hätten weder Parteichef Voigt noch Partei-Anwalt Mahler „überzeugende richtungsweisende Impulse“ gegeben. Dass Hupka immer noch gute Kontakte in die Partei hat, legt ein Hinweis nahe. Er bietet „bekannten Kameraden“ Aufnahmen vom unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagenden Parteitag an: „Wir haben den kompletten Parteitag auf Video aufgenommen und werden eine Kurzfassung für diejenigen zur Verfügung stellen, die nicht anwesend waren.“

Ein solches Video zu sehen dürfte interessante Einblicke in das Innenleben der Partei ermöglichen. Sie könnten erklären, warum deren Führung es vorzog, die Medien auszusperrten: nicht nur, dass Voigts Rechenschaftsbericht viele Fragen offen ließ. Auch die Äußerung seines bisherigen Vize Hans-Günter Eisecke, dass im Vorstand beschimpft und politisch abserviert werde, wer sich nicht auf Voigts Kurs befinde, hat sich so erst einmal verbergen lassen. Und erst recht die Tumulte, die entstanden, als Ordner Voigts Gegenkandidat Günter Deckert vom Rednerpult entfernen sollten.

Tomas Sager

Hintergrund**Wider die Moderne****■ Die Ideologie der so genannten Neuen Rechten ist ohne spirituelles Fundament nicht denkbar. ■**

Meinhard Elbing, ehemaliger Kader der Nationalistischen Front aus Bielefeld, gab diesmal nur eine Stippvisite beim Frühjahrsseminar der Europäischen Synergien im Collegium Humanum in Vlotho. Am Freitagabend lauschte er den Ausführungen von Martin Schwarz (Wien) zur Esoterik des traditionellen Islam. Am Samstag, so die Mitteilung eines später Hinzustoßenden, weilte er bei einem anderen Seminar, dem Berliner Kolleg des Instituts für Staatspolitik im dortigen Logenhaus, um den Ausführungen des ehemaligen SDS-Kaders Bernd Rabehl zu lauschen. Typisch war Elbing für beide Veranstaltungen nicht. Typischer für ihn ist die Umgebung der militanten Freien Kameradschaften, der Kreis um das neonazistische Skinzine „Unsere Welt“ des Neonazi-Aktivisten Bernd Stehmann.

Die Europäischen Synergien, deren deutsche Sektion um den Dresdner Verlag Zeitenwende und die dort erscheinende Zeitschrift „Hagal“ zentriert ist, sehen sich dagegen als aktuelle Ausformung der intellektuellen so genannten Neuen Rechten. Der erste Teil ihres Frühjahrsseminars vom 15. bis 17. März stand unter dem Leitthema „Zivilisationen Kulturen Religionen“. Die Fortsetzung wird vom 26. bis 28. April stattfinden. Carl Schmitt spielte zwar eine dauernde Rolle in den Debatten der Veranstaltung, doch dessen Vorstellungen zur Politischen Theologie fanden sich eher als theologisierte Politik. Bindeglied für die knapp 40 Teilnehmenden war trotz unterschiedlicher bis gegensätzlichen Zugänge die Vorstellung, dass jegliche auf Dauerhaftigkeit angelegte Politik spirituell unterfüttert sein müsse. Einigkeit herrschte außerdem darüber, dass das Christentum bestenfalls eingeschränkt brauchbar sei, wenn es nämlich in seiner nicht säkularisierten Ausformung vertreten wäre.

Die weltlich ausgerichteten Monotheismen der Moderne, so auch die implizite These des Evola-Exegeten Martin Schwarz, seien sämtlich von Übel, eben da es sich um Produkte der Moderne handle. Brauchbar und wertvoll seien nur solche religiösen Systeme, die fest in der Tradition wurzeln. Schwarz geht dabei, dem italienischen antimoder-

nen Philosophen Julius Evola folgend, vom der Existenz einer integralen Tradition aus, einer Art gemeinsamer Ur-Religion, aus der sich alle echten Religionen ableiten. Im Gegensatz zu den Aktualisierungsansätzen heidnischer Religiosität, die Europas eigene Religion (Sigrid Hunke) als eine Art Glauben mit Bodenhaftung fordern, dabei Rassekonzepten zumindest immer wieder gefährlich nahe kommend, sehen die integralen Traditionalisten mit ihrem universalen Ansatz wertvolle Elemente in allen Religionen, die nicht Produkt der Moderne sind oder dieser gänzlich verfallen sind. Der Buddhismus steht insofern gleichberechtigt neben dem Taoismus und dem Heidentum oder bestimmten Spielarten des Christentums oder des Islam.

■ Verwurzelung in der Tradition ■

Dass ein weitgehend positives Bild islamischer Esoterik und speziell des traditionsgebundenen Sufismus durch Martin Schwarz geboten wurde, liegt auch an dem Bezug auf den Franzosen René Guénon. Der 1951 verstorbene Guénon, dessen umfangreiches Werk in Deutschland kaum bekannt ist, hatte sich nach einer Irrfahrt durch unterschiedlichste esoterische Gruppen von der Theosophie bis zum Rosenkreuzertum schließlich dem Islam zugewandt und ließ sich als Sufi in Ägypten nieder. Auch bei ihm ist der Antimodernismus die wichtigste Grundlage seines Denkens, nachzulesen in seiner Interpretation der Gegenwart, der „Herrschaft der Quantität“, eine seiner Hauptschriften. Die echte islamische Esoterik, die man berechtigt als fundamentalistisch charakterisieren könne, da sie zum Ursprung dieser Religion zurückgeht, sieht Schwarz deshalb nicht im heutigen Fundamentalismus angesiedelt, sondern getreu seinem Lehrmeister Guénon bei den Sufis sowie als religiös fundiertes politisches System im schiitischen Iran.

Die Taliban sowie Osama bin Laden dagegen, hierzulande als die Verkörperung des Fundamentalismus betrachtet, fallen schon deshalb als Verbündete weg, da Bin Laden als Saudi einer häretischen Sekte, den Wahabiten, entstamme. Diese wiederum seien der wesentlichste innerislamische Feind eines traditionellen Islam. Für Menschen, die außerhalb der Moderne leben wollen, so Schwarz, biete der Islam eine Reihe positiver Bezugsmöglichkeiten. Nicht zuletzt berücksichtige er die Natur des Menschen angemessener als das Christentum, das vom schwachen und fehlbaren Menschen Unmögliches wie die lebenslange Monogamie fordere.

Seltsam schwach und zurückhaltend blieb nach dieser Eloge die Kritik. Lediglich Iris-Kathrin Fischer (Swantje Swanwhit) bohrte hartnäckig nach der Frauendiskriminierung im Islam. Es könne doch wohl nicht das Ziel sein, so ein Einwand, dass Frauen den Gehweg zu verlassen hätten, wenn ihnen ein Mann entgegenkomme.

Der belgische Generalsekretär der Europäischen Synergien, Robert Steuckers, bot eine Interpretation des Staatsrechtlers Carl Schmitt, die dessen Katholizismus mit seinem Reichsdenken zusammendachte und ihn damit auch in der Gegenwart direkt politisch nutzbar machen wollte. Steuckers führte die Hauptbestandteile von Schmitts Denkens auf den spanischen Diplomaten und Konterrevolutionär Donoso Cortès zurück, der ähnlich wie Schmitt kein Reaktionär im Wortsinne gewesen sei. Beide hätten sich vor allem dem weiteren Voranschreiten der Dekadenz entgegengestemmt. Cortès sei deshalb bereit gewesen, sich mit der konstitutionellen Monarchie abzufinden, Schmitt habe versucht, den staatlichen Verfall in und durch die Weimarer Republik aufzuhalten. In diesem Etatismus, der Werte erhalten wolle, sei auch sein letztlisches Engagement für den NS-Staat begründet gewesen.

Für die Fortsetzung des Seminars im April warb wiederholt intensiv Wolfgang Schüler (Leipzig). Der sächsische NPD-Mitstreiter und Vertraute von Ursula Haverbeck-Wetzel, der Leiterin des Collegium Humanum, versucht nicht nur, bei seinen eher denkfaulen Kameraden religiös ausgerichtete Vortragsreihen zu organisieren, sondern will dann auch selbst in Vlotho über die älteste Weltreligion, Buddha Dharma, referieren. Ursula Haverbeck wiederum will über den Mythos von Kain und Abel in den monotheistischen Religionen sprechen, während neuerlich Oliver Ritter sich dem Taoismus zuwenden will und Wolfram Amberg, vom rechten Ökologismus kommend, den germanischen Schicksalsglauben zum Thema macht, der weit mehr als bloßer Fatalismus sei.

Das Seminar zeigte einmal mehr deutlich auf, dass die Ideologie der Neuen Rechten ohne spirituelles Fundament nicht vorstellbar ist. Die Verwirrung eines anwesenden Mitarbeiters der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zeigte, dass dieser Ansatz noch recht weit vom Mainstream rechten Denkens entfernt ist. Es ist davon auszugehen, dass dieses Doppelseminar seine implizite Fortsetzung bei der zentralen Sommeruniversität der Europäischen Synergien im August finden wird. *Jean Cremet*

Grauzone**Sprachpatrioten**

Wo es um den Kampf gegen „Denglisch“, „Engleutsch“ und die Rechtschreibreform geht, sind immer wieder nationalistische Töne zu vernehmen.

Anlässlich der Einführung des Euro meldete sich der Dortmunder Verein Deutsche Sprache (VDS) mit einer Pressemitteilung zu Wort. Darin wurden die Nachrichtensprecher aufgefordert, den Cent deutsch, also Zent statt Ssent, auszusprechen. Der Vereinsvorsitzende Walter Krämer: „Wir sehen in der etwa im ZDF verordneten amerikanischen Aussprache der neuen Cent-Münzen eine würdelose Anbiederung an eine fremde Sprache und Kultur.“ Der seit 1997 bestehende VDS hat sich die „Eindämmung überflüssiger Anglizismen“ auf die Fahnen geschrieben sowie die „Wahrung der nationalen Eigenarten durch Förderung der Landessprachen“. Denn: „Europas Sprachen und Kulturen werden in zunehmendem Maße von angloamerikanischem Sprach- und Kulturgut beeinflusst. Das führt zum Identitätsverlust der betroffenen Völker und Volksgruppen“. Daher trete man dafür ein, „bevorzugt solche Waren zu kaufen, die in deutscher Sprache ausgezeichnet sind und für die in deutscher Sprache geworben wird.“ Die Vertreter eines „gesunden Sprach- und Kulturpatriotismus“ wollen aber nicht, „daß ein Einsatz für die Sprache zur Verfolgung nationalistischer Ziele mißbraucht wird.“ Man sei überparteilich und demokratisch-liberal eingestellt. Dennoch erschien in der Ausgabe 3/99 der naturreligiös-rassistischen Zeitschrift „Huginn und Muninn“ eine Anzeige des Vereins zur Wahrung der deutschen Sprache, dem alten Namen des VDS. Auf der Web-Seite des Vereins ist heute der Hinweis zu finden, dass man die Initiative „Netz gegen Rechtsextremismus“ unterstützt.

In der Vergangenheit hatte der VDS seine liebe Not, als ruchbar wurde, dass sich der eine oder andere Deutschnationale in den Reihen der Regionalbeauftragten befand. Darunter war auch der Erlanger Student Thomas Paulwitz, Autor im „Ostpreußenblatt“ sowie in „Die deutsche Schrift“, dem Organ des germanophilen Bund für deutsche Schrift und Sprache. 1998 fungierte er als Koordinator des Arbeitskreis Unsere Sprache (ARKUS), hinter dem sich Alfred Mechttersheimers Verein Unser Land –

Wissenschaftliche Stiftung für Deutschland verbirgt. Wes Geistes Kind die ARKUS-Aktivisten sind, zeigt sich in aller Deutlichkeit, wenn man sich die Selbstverpflichtung ansieht, die der um den Verfall der deutschen Sprache Besorgte unterzeichnen kann: „Ich höre keine Rundfunkprogramme mit überwiegend englischsprachigen Liedern“, „Ich sehe vornehmlich Filme aus deutscher und europäischer Herstellung“ oder auch, ähnlich wie beim VDS, „Ich kaufe keine auf englisch beworbenen Waren und Dienstleistungen“.

Heute ist Paulwitz „Schriftleiter“ bei der seit 2000 erscheinenden Zeitschrift „Deutsche Sprachwelt – Gemeinsam erhalten und gestalten“ (DSW), die sich ausschließlich aus Spenden finanziert und derzeit eine Auflage von bis zu 50000 Stück hat. Im WWW ist die „Sprachzeitschrift für alle“ auch vertreten, wobei Paulwitz den Ausdruck „Weltnetz“ vorzieht. Während die Homepage relativ unverdächtig daherkommt, findet er für manche Teilnehmer des Rechtschreibforums auf rechtschreibreform.com deutlichere Worte. Denen gehe es um „das nach Stasi stinkende antifaschistische Süppchen mit ranzigem DDR-Beigeschmack, das hier manche auf Kosten des Kampfes gegen die Rechtschreibreform kochen möchten.“ Forumsteilnehmer hatten dem VDS eine Nähe zu rechtsextremen Denkmustern vorgeworfen und die Ansicht geäußert, dem Verein gehe es weniger um die Substanz der deutschen Sprache als vielmehr um die deutsche Nation: „Sprache ist hier nur ein vermutetes Symptom für den Gesundheitszustand der Nation“.

■ „Mit reichstreuem Grüßen“ ■

Dem Bund Junges Ostpreußen liegt die deutsche Sprache ebenfalls am Herzen. Im Rahmen des Politischen Herbstseminars 2001 der Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen war Paulwitz geladen, um zum Thema „Deutsch, die am meisten verbreitete Muttersprache, als wichtigste Fremdsprache der erweiterten EU – quo vadis?“ zu referieren. Ende vergangenen Jahres war die „DSW“ der Ausgabe 48/01 des österreichischen „Junge Freiheit“-Ablegers „Zur Zeit“ beigelegt. Aus Österreich kommt auch Stefan Micko, der zusammen mit Paulwitz als Herausgeber der „DSW“ fungiert und bei dem sie auch bestellt werden kann. Er war bis 2000 Obmann des größten österreichischen Sprachpflegevereins „Muttersprache“ und ist Autor der FPÖ-nahen „Aula“.

Stellvertretender Schriftleiter der „DSW“ ist der Bamberger Stefan H. Wunner, Betreiber des Macintosh-Nachrichtendienstes MacGadget. Wunner scheint eine ausgesprochene Affinität zur Ideenwelt der NPD-Galionsfigur Horst Mahler zu haben. „Die militärischen Angriffe auf die Symbole der mammonistischen Weltherrschaft sind (...) eminent wirksam und deshalb rechtens“, verkündete Mahler am 12. September im Internet. Mahlers antisemitischer Sermon wurde recht bald vom Netz genommen, tauchte in der Folge jedoch auf der Seite der „Kameradschaft Schwerin“ auf, ein Stefan H. Wunner stellte ihn dort ins Netz und verabschiedete sich „mit reichstreuem Grüßen“. Diese Verbindungen kamen Mitte Dezember im VDS-Forum „Klartext“ und im DSW-Forum zur Sprache, woraufhin sich die seriösen Diskussionssteilnehmer aus letzterem entsetzt verabschiedeten. Kurz danach verschwand es in der Versenkung und ist seither wegen „Umbaumaßnahmen“ geschlossen ist.

■ Feindbild „Political Correctness“ ■

Manfred Riebe aus Schwaig bei Nürnberg war bis vergangenen Herbst Vorsitzender des Vereins für deutsche Rechtschreibung und Sprachpflege (VRS), dem auch Paulwitz und Micko angehören. Im Interview mit der „Jungen Freiheit“ (26/00), die ihn auch zu ihren Autoren zählt, meint Riebe: „Der VRS wendet sich gegen jegliche Art schädlicher Veränderung der eigenen Sprache, wie zum Beispiel auch die Franzosen. Im Verhalten der Franzosen spiegelt sich ein Stück Nationalbewußtsein, das in Deutschland aufgrund der Vergangenheit meist verdrängt wird.“ Auch „DSW“-Autor Riebe ist häufiger Gast im Forum auf rechtsschreibreform.com. In trauter Eintracht mit Thomas Paulwitz kanzelt Riebe kritische Stimmen, die auf rechte Tendenzen beim VDS und bei der „DSW“ hinweisen, ab. Einem Teilnehmer des Forums scheine, so Riebe, „das Thema Sprache unter anderem auch als Vehikel zu dienen, immer wieder seine Keule der politischen Korrektheit schwingen zu können.“ Und an anderer Stelle: „Obwohl die Deutschen nach 1945 ‘entnazifiziert’ wurden, gibt es immer wieder Weltbürger, die versuchen, Deutsche (...) mit Hilfe der politischen Korrektheit zu ‘nazifizieren’, d.h. möglichst ein kollektives Schuldbewußtsein zu suggerieren und zu schüren.“ Weiters lamentiert er über die „Faschismuskeule“, die ein Teilnehmer schwinde und dass dieser das Forum „nach Alt-68er Art zu seinem antifaschistischen Privatpranger umfunktionieren würde.“

Repräsentativ für den VRS sind Riebe und Paulwitz allerdings nicht. Der neue Vorsitzende Christian Melsa will von Riebes Anbiederungen nach rechts nichts wissen, sondern den VRS wieder auf die Sachdiskussion konzentrieren.

Immer wieder hingewiesen hat Riebe auf die Webseite des Pöckinger VRS-Mitglieds Jürgen Frielinghaus, der dort „Kaufempfehlungen für Erzeugnisse in der traditionellen Qualitätsrechtschreibung“ gibt. Diese Liste liest sich wie ein Who-is-Who der extrem rechten Publizistik. Vom NPD-Blatt „Deutsche Stimme“ und „Zur Zeit“ über das Organ der rassistischen Artgemeinschaft „Nordische Zeitung“ und der rechtsökologischen „Stimme des Gewissens“ bis zu Publikationen wie „Nation&Europa“, den „Staatsbriefen“ und den „Unabhängigen Nachrichten“ ist ein breites Spektrum von einschlägigen Zeitschriften zu finden. Dabei ist in der Liste nicht nur derlei Schriftgut enthalten. Auffällig ist die Vielzahl an religiösen und Weltanschauungszeitschriften, für die Frielinghaus ein besonderes Faible zu haben scheint. Seine persönlichen Ansichten offenbaren ein christlich-fundamentalistisches Weltbild: „Mit Rechtschreibreformen testet der Teufel die Beherrschbarkeit des Volkes zur Vorbereitung größeren (...) Unfugs. Nach der Rechtschreibreform von 1901 führte der Teufel das ihm gehorsame deutsche Volk in zwei ‘gerechte’ aber in Tod und Zerstörung endende Weltkriege“. Eine Anfrage, ob er die Aufreihung von Blättern der extremen Rechten in Kauf nehme, beantwortete Frielinghaus folgendermaßen: „Ich betrachte tatsächlich ausschließlich die Rechtschreibung und gehe davon aus, daß die Leser der Liste selbst ihre Entscheidung zwischen Gut und Böse fällen.“

Dem Anliegen der vielen seriösen Gegner der Schreibreform, die mehrmals die „Empfehlungen“ kritisiert hatten, erweist Frielinghaus einen Bären dienst. Zwar tummelt sich in den diversen Vereinen immer wieder der eine oder andere deutschtimelnde Sprachhüter, rechtsextrem unterwandert ist die Reformgegnerschaft jedoch nicht. Figuren wie Thomas Paulwitz dürften eine Minderheit darstellen, werden aber bisweilen unterschätzt. Die schlechte Gesellschaft, in der sich die an sprachlich-inhaltlicher Kritik interessierten Diskutanten, darunter der Rechtslastigkeit unverdächtige Sprachwissenschaftler, damit befinden, wird oft nicht wahrgenommen. In den Internetforen weisen aufmerksame Beobachter regelmäßig auf dubiose Verbindungen hin und warnen davor, rechte Ideologen auf die leichte Schulter zu nehmen. Roland Lory

Verfassungsschutz**Zuwachs für NPD**

Mehr gewaltbereite Rechtsextremisten, weniger rechte Kriminalität – so die Jahresbilanz 2001 des niedersächsischen Verfassungsschutzes.

Die bedrohlichste Entwicklung vorweg: „Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten“ konnten im vergangenen Jahr in Niedersachsen reichlich Nachwuchs rekrutieren. Die Szene zählt nunmehr 1100 Personen. Im Jahr 2000 waren es noch 900. Die Vergrößerung der gewaltbereiten rechten Szene um knapp 20 Prozent bestätigt einen bundesweiten Trend. In allen 16 Bundesländern tummeln sich nunmehr 10 400 Personen dieser Kategorie – das sind 700 Kurzbehaarte in schweren Stiefel und Jeans mehr als im Jahr 2000. Aggressive Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und ein überbetonter Männlichkeitskult bilden das ideologische Fundament für unterschiedlich ausgeprägte Elemente wie Hammerskins oder die „Blood&Honour“-Gruppierung, die im September 2000 vom Bundesinnenministerium verboten wurde. Drei so genannte „Sektionen“ (Niedersachsen, Weser-Ems, Nordmark) hatten sich im zweitgrößten deutschen Bundesland befunden. Schmiermittel beim Anwerben interessierter Jugendlicher mit stramm rechter Einstellung ist häufig die Musik, der „Soundtrack zur arischen Revolution“. Aufgeheizt durch aggressive Klänge von Bands wie „Kommando 99“, „Ultima Ratio“ oder „Nordmacht“ werden „linke Zecken geklatscht“ – wie es im Jargon heißt – oder Hetzjagden auf Türken, Schwarze und Minderheiten wie Homosexuelle veranstaltet und unappetitliche Textzeilen der folgenden Güte mitgegrölt: „Für Groß-Berlin marschieren wir, für Adolf Hitler kämpfen wir.“

Es gibt aber auch positive Tendenzen zu vermelden: Der Zulauf zu den derzeit 20 Kameradschaften ist leicht rückläufig, die Anzahl der Skinhead-Konzerte ist geringer geworden und bei der rechtsextremistisch motivierten Kriminalität ging die Zahl auf 1571 zurück – darunter 132 Gewalttaten. Die meisten registrierten Gesetzesverstöße lassen sich unter dem Rubrum „Propagandadelikte“ subsumieren. Im Jahr zuvor hatten die Verfassungsschützer insgesamt 1777 Delikte aufgelistet. Rückläufig ist auch das Interesse an den neonazistischen Kameradschaften, die seit Anfang der 90er Jahre

wie Pilze aus dem Boden schossen. Heute sind nur noch 20 der fünf bis 20 Anhänger starken Männerbünde zwischen Elbe und Weser aktiv. Regionale Schwerpunkte bilden die Räume Hannover und Südniedersachsen. Die Zusammenschlüsse ohne formale Mitgliedschaft und Vereinsstruktur sollen – dem Konzept des Hamburger Neonazis Thomas Wulff zufolge – jederzeit als „nicht organisierte Einheit“ mobilisierbar sein. Für Eigenwerbung und Propaganda nutzen nicht nur diese Gruppierungen etliche Hompages im Internet. In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl rechtsextremer deutscher Internet-Seiten von 80 (1997) auf 1300 (2002) angestiegen.

Erfolgreicher ist zurzeit die straff organisierte NPD. Sie konnte im Gegensatz zur Konkurrenz aus München deutlich zulegen: Während die DVU in Niedersachsen 100 Getreue verlor und auf 1200 Mitglieder schrumpfte, die Republikaner bei 600 stagnieren, legte die NPD von 450 auf 500 Personen zu. Das bedeutet einen Mitgliederzuwachs von immerhin elf Prozent. Für frisches Blut sorgte in erster Linie der Nachwuchs aus den Reihen der Jungen Nationaldemokraten (JN), die ab dem 30. Lebensjahr die Jugendorganisation verlassen. Zulauf kam aber auch von den Kameradschaften. Auf kommunaler Ebene konnte die Partei kleine Erfolge verzeichnen: Je einen Sitz erhielt die NPD, die in einigen Landkreisen als „Bündnis Rechte“ und „Unabhängige Wählerliste“ (Lüneburg) antrat, im Helmstedter Stadtrat, in der Samtgemeinde Nord-Elm und in der Gemeinde Süplingen.

Insgesamt beziffert der Verfassungsschutz das rechtsextreme Potenzial aktuell auf 3850 Personen (2000: 3700). Kein Wunder, dass Innenminister Heiner Bartling (SPD) in seinem Statement „keinen Anlass zur Zufriedenheit“ sah. Niedersachsens Verfassungsschutz-Präsident Volker Homuth blies ins gleiche Horn. Ihm bereitet eine Entwicklung besondere Sorge: „Während die Leute früher um die 16 waren, wenn sie zu Skinhead-Gruppen stießen, sind sie heute teilweise erst 14.“ Angesichts dieser Tatsache gebe es in seiner Behörde bereits Überlegungen, schon 14-Jährige in den Computern zu erfassen.

Wie schwierig es ist, junge Rechte von ihrer Gesinnung abzunabeln, zeigen die Erfahrungen mit dem im vergangenen Jahr gestarteten Aussteiger-Programm für rechtsextremistische Nachwuchskader. Bei 16 von 20 Ausstiegswilligen aus der Szene laufe die Loslösungshilfe noch, erklärte Homuth. Ausgang ungewiss.

Volker Stahl

Demokratische Initiativen**Militantes Potenzial**

Einen sachkundigen Überblick über die neonazistische Szene im Großraum Duisburg/Oberhausen bietet das Buch „Duisburg – rechts um!“¹. Anschaulich dargelegt wird auf 150 Seiten, dass die regionale Neonazi-Szene „sowohl gut organisiert, als auch höchst aktiv“ ist und „alle ihr zur Verfügung stehenden Rekrutierungsfelder“ nutzt. Pionierarbeit geleistet wurde dabei bei den Darstellungen der „Kameradschaft Duisburg“ (auch: „Kameradschaft Heinrich Bauschen“; B. war der erste Duisburger NSDAP-Ortsgruppenführer), der „Förderturm-Kameradschaft“ und der „Gemeinschaft Nationales Deutschland“ (GND).

Akribisch recherchiert sind die Strukturen der Anfang 1998 ins Leben gerufenen Jungen Nationaldemokraten Duisburg. Deren Gründer war Thorsten Wawrzyczek, der seinen politischen Werdegang bei der Nationalistischen Front startete. Amtierender Stützpunktleiter der JN Duisburg ist Steffen Pohl. Pohls Freundin Sandy Schlotmann führt als Mädelsbeauftragte den im Frühjahr 2001 gegründeten „JN-Mädelsbund NRW“. „Ziel und Zweck“ dieser „Organisation in der Organisation ist es, auch dem femininen Teil unserer Bewegung, ein auf ihre Interessen und Probleme zugeschnittenes Sprachrohr zu bieten!“ (Rundschreiben vom April 2001). Schlotmann war in der Silvesternacht 1999/2000 an einem Übergriff von Duisburger und Moerser Neonazis auf den türkisch-islamischen Kulturverein in Moers-Meerbeck beteiligt. Es entstand ein Sachschaden von 10 000 Mark. Beispielfür das Bedrohungspotenzial, das von der Duisburger JN ausgeht, steht Nico Wedding. Der stellvertretende JN-Landesvorsitzende hatte mit Gleichgesinnten am 9. Juli 2000 eine Kundgebung von Verfolgtenverbänden am Mahnmahl der Gedenkstätte des ehemaligen KZ in Wuppertal-Kemna angegriffen.

Vorgestellt werden in dem Band „Duisburg – rechts um!“ auch führende Köpfe der „Freien Nationalisten – Nationaler Widerstand Ruhr (FN-NWR)“. Einer der Hauptaktivisten ist der Duisburger Rene Marco Wagner, vormals Mitglied der Deutschen Alternative.

Anton Maegerle

Bezugsadresse: JungdemokratInnen/Junge Linke Duisburg, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg; E-Mail: dui-sburg@jungdemokratinnen.de, Schutzgebühr 5 EUR.

Demokratische Initiativen**Mit spitzer Feder****„Wohin rollst du, Goebbelchen?“**

„Vater & Sohn“ – Erich Ohser / e.o.plauen – Bildgeschichten, Zeichnungen und politische Karikaturen – die ständige Ausstellung des Wilhelm Busch Museums Hannover ist als „Leihgabe“ zu Gast in Berlin im Willy-Brandt-Haus.

28. März 1944, Berlin. Die Gestapo verhaftet den aus Plauen gebürtigen Zeichner und Karikaturisten Erich Ohser. NS-Propagandaminister Goebbels selbst veranlasst die Verhandlung vor dem „Volksgerichtshof“ unter Vorsitz von Roland Freisler, dem Blutrichter. Termin ist der 6. April. Am 5. April erhängt sich Erich Ohser in seiner Zelle.

E.O., alias „e.o.plauen“ – bis heute bekannt durch die Bildergeschichten „Vater & Sohn“, war in den Jahren 1929 bis 1933 Zeichner beim sozialdemokratischen „Vorwärts“, damals eine dreimal täglich aktualisierte Tageszeitung. E.O.'s bissige Karikaturen zielten vor allem auf Hitler und Goebbels. Nach deren Machtübernahme mit Berufsverbot belegt, gewinnt E.O. mit seiner biedereren Bilderserie „Vater & Sohn“ einen Start bei der Berliner „Illustrierten“. Er darf unter dem oben genannten Pseudonym publizieren, wird wohlhabend, populär – und arrangiert sich mit den Nazis. Die Karikaturen im Nazi-Vorzeigeblatt „Das Reich“ geraten zu ekelerregenden, aber nicht unintelligenten Verunglimpfungen der Kriegsgegner. Vor Vertrauten aber äußert der schwerhörige E.O. lautstark seinen Nazi-Hass. So laut, dass einer der „Vertrauten“ ihn denunziert.

War der Propaganda-Karikaturist der Nazis ein enttarnter Widerstandskämpfer? Oder nichts weiter als ein politisches Chamäleon und Opfer einer Privatrache des großdeutschen Propagandaministers? In der alles andere als moralisierenden Ausstellung in der SPD-Zentrale in Berlin kann man versuchen, eine Antwort zu finden. Auf jeden Fall aber findet sich diese Geschichte: E.O. hatte den künftigen Propagandaminister karikiert. Letztmalig 1933. In der „Neuen Revue“. Die Bildunterschrift – eine Anspielung auf die körperliche Behinderung: „Wohin rollst du, Goebbelchen?“... *Gabriele Kleiner*
„Vater & Sohn“ - Erich Ohser / e.o. Plauen, bis 28. April 2002 im Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr. 28, 10963 Berlin, Dienstag bis Sonntag, 12.00 bis 18.00 Uhr.

Hintergrund**Unverzichtbar**

In der Reihe „Justiz- und NS-Verbrechen“ werden Band für Band die rechtskräftigen Urteile vollständig dokumentiert.

Es war am 23. Januar 1967 in München. Ein eisiger Nordwind fegte durch die Innenstadt. Vor dem pompösen Justizpalast am Karlsplatz herrschte schon morgens um acht beängstigendes Gedränge. Journalisten bestimmten das Straßenbild. Man erkannte sie an ihren Kameras, ihren Fotoapparaten, ihrer Ausrüstung insgesamt. Viele schienen sich zu kennen. Das waren Niederländer. Fast jede holländische Zeitung, jede Presseagentur, jeder TV- und viele Hörfunksender waren vertreten. Sie wollten beim wohl letzten Strafverfahren wegen des Holocaust in den Niederlanden dabei sein. Angeklagt waren der ehemalige Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in den Niederlanden, SS-Brigadeführer (Generalmajor) Wilhelm Harster, der Leiter des Judenreferats Wilhelm Zoepf und die SS-Angestellte Gertrud Slottke. Es ging um die Deportation und Ermordung von 110 000 der 140 000 niederländischen Juden. Die Hauptverhandlung gehörte zu den kürzesten und eindrucksvollsten in der langen Geschichte der NS-Prozesse. Nach nur elf Sitzungstage ergingen die Urteile. Harster 15 Jahre Zuchthaus, Zoepf neun Jahre, Slottke fünf Jahre. Am Tage der Urteilsverkündung hatte der Nebenkläger Professor Robert Kempner Nonnen gebeten, mitzukommen. Schließlich war unter den Opfern auch die zum Katholizismus konvertierte Jüdin Edith Stein. Kurz bevor die Schwurgerichtskammer den Sitzungssaal betrat, wurde es damals plötzlich totenstill. Die Nonnen knieten und beteten. Kempner, im Umgang mit Medien perfekt, hatte das erfolgreich organisiert. Die wichtigsten Nachrichtensendungen in den Niederlanden und in der Bundesrepublik waren ihm damit ebenso sicher wie die Titelseiten der großen Zeitungen.

Diese persönlichen Eindrücke stehen selbstverständlich nicht in dem 25. Band der Reihe „Justiz und NS-Verbrechen“, betreut und herausgegeben von den Amsterdamer Juristen Professor C.F. Rüter und D. W. De Mildt. Aber das vollständige Urteil und damit die Geschichte der Judenverfolgung in den Niederlanden sind vollständig abgedruckt – auf fast 250 Seiten. Diese meisterhafte Geschichtsschreibung hat ihres Gleichen nirgendwo

auf der Erde, schon gar nicht in Japan, das noch nicht einmal damit begonnen hat, seine mörderische Vergangenheit anzupacken. Aus deutscher Sicht sollte es unvermindert nachdenklich machen, dass es einer ausländischen Initiative bedurfte, dieses Stück deutscher Zeitgeschichte zu dokumentieren. Mitte der 60er Jahre freilich, als das Projekt nach und nach Gestalt annahm, unterstützte es die Bundesregierung zumindest finanziell. Förderer war damals vor allem Horst Ehmke, zuerst als Justiz-Staatssekretär, später als Bundesjustizminister.

■ Meisterhafte Geschichtsschreibung ■

Der 25. Band hat länger auf sich warten lassen als geplant. Die Verantwortung dafür tragen aber weder Rüter noch die sieben Mitglieder der Redaktion, unter ihnen Oberstaatsanwalt a. D. Willi Dresen, der lange die Ludwigsburger Zentrale Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen geleitet hat und vor einiger Zeit in Pension gegangen ist. Die Verspätung liegt am offensichtlich unzuverlässigen Verlag Holland University Press. An seine Stelle ist der Verlag der Universität Amsterdam University Press (AUP) getreten, wobei die Kooperation mit dem bewährten Münchner K.G. Saur Verlag bestehen bleibt. Der Band dokumentiert auf mehr als 700 Seiten alle rechtskräftigen Landgerichtsurteile der Zeit zwischen Dezember 1966 und April 1967. Zu ihnen gehören neben dem Münchner Prozess unter anderem die beiden Urteile des Landgerichts Hagen wegen Massenverbrechen im Vernichtungslager Sobibor. Im zweiten Sobibor-Verfahren, das auch nach dem Namen des Hauptangeklagten „Frenzel-Prozess“ genannt wurde, erhielten fünf Beschuldigte Zuchthausstrafen, die später in normale Freiheitsstrafen umgewandelt wurden, weil mittlerweile Zuchthausstrafen abgeschafft worden waren. Mit der Veröffentlichung dieses Urteils wird die nicht gerade umfangreiche Literatur über Sobibor, das nur ganz wenige Häftlinge überlebt haben, zuverlässig erweitert. Das ist auch deshalb wichtig, weil die Hauptverhandlung in Hagen nur wenig öffentliche Resonanz gefunden hat.

Ein Urteil des Landgerichts Essen vom 22. Dezember 1966 ist insofern interessant, als es die Massenmorde unmittelbar nach dem Überfall auf die UdSSR im Sommer, Herbst und Winter 1941 betrifft. Die Mörder folgten der 9. Armee und wüteten unter anderem in Witebsk, Minsk und Wilejka unter der jüdischen Bevölkerung und „partisanenverdächtigten“ Frauen und Männern. Dass im

Inhaltsverzeichnis das verniedlichende Wort „Russlandfeldzug“ benutzt wird, sollte nicht den Bearbeitern vorgeworfen werden. Viele deutsche Juristen haben gedankenlos diesen Nazibegriff verwendet, mit dem der Schrecken des Krieges heruntergeredet werden sollte. Polen-, Frankreich-, Afrika- und andere „Feldzüge“ waren Kriege und der „Russlandfeldzug“ gewiss der schrecklichste.

Anfang 1967 musste sich das Landgericht Detmold mit Morden beschäftigen, die in der UdSSR als Geburtstagsgeschenk für Hitler im März 1942 begangen worden sind. Zu Hitlers Geburtstag am 20. April sollte die Gegend „judenfrei“ sein. Der Mörder, ein Polizeihauptmeister, wurde mit sechseinhalb Jahren Zuchthaus bestraft. Auch dieses Urteil ist nun dokumentiert.

Während viel Zeit vergangen ist, ehe der 25. Band dieser Reihe erscheinen konnte, folgte Band 26 wenige Wochen danach. Damit können zum ersten Mal zwei Bände gleichzeitig vorgestellt werden. Bemerkenswert ist, dass im Urteil des Landgerichts Köln vom 30. Oktober 1967 gegen zwei Beschuldigte eine Feststellung enthalten ist, die sich vor kurzem als unzutreffend erwiesen hat. Es ging unter anderem um die Ermordung von mindestens 261 Tschechen im KZ Mauthausen in Österreich. Es waren Racheakte wegen des Anschlags auf den SS-Gruppenführer und Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, am 29. Mai 1942 in Prag, „an dessen Folgen er am 4. Juni 1942 starb“. Dies galt viele Jahrzehnte lang als gesicherte historische und medizinische Erkenntnis. Seit kurzer Zeit steht indes fest, dass dieser ranghöchste SS-Führer nach Heinrich Himmler einer Vergiftung der Leber erlegen ist.

In einem Verfahren, dessen Urteil Band 26 dokumentiert, ging es um Versuche, psychisch Kranke umzubringen, indem man sie in Bunker sperrte und die dann sprengte. Krankenschwestern hatten die Kranken auf dem Weg zu einem Bunker begleitet. Tatort war Minsk. Aber nicht alle Opfer waren beim ersten Versuch umgekommen. Im Urteil des Landgerichts Stuttgart vom 16. September 1969 heißt es dazu: „Aus dem Inneren war vielmehr Stöhnen zu hören, während 5 – 6 Geisteskranke blutüberströmt, die Hände vor dem Gesicht haltend, schreiend und wimmernd aus dem Bunker herausliefen bzw. davor herumkrochen. Diese wurden sodann wieder in den Bunker zurückgebracht und hierauf eiligst weitere 100 kg Sprengstoff auf die Bunkerdecke gelegt und nunmehr mittels Zünd-

schnur zur Explosion gebracht. Danach herrschte in dem völlig zerstörten Bunker Totenstille.“

Mit Band 26 sind nun alle bis zum 14. Dezember 1969 ergangenen Strafurteile deutscher Landgerichte dokumentiert. Vor den Herausgebern liegt freilich noch viel Arbeit. Große Strafverfahren etwa wegen Treblinka und Majdanek, wegen der Mitschuld der Deutschen Reichsbahn oder des Holocaust in Frankreich und Belgien sind nämlich erst später geführt worden.

Die neuen Bände enthalten wieder die Rangtafeln der wichtigsten NS-Organisationen von der Wehrmacht über Polizei, SS, Waffen-SS und Arbeitsdienst bis zur Hitlerjugend und dem Bund Deutscher Mädel (BDM). Weil die umfangreichen, auf bestem Papier gedruckten und sorgfältig in rotes Leinen gebundenen Bände nicht billig sein können, ist es ausgesprochen benutzerfreundlich, sie im Internet anklicken zu können – unter www.jur.uva.nl/junsv. Die Website ist sehenswert wie die Reihe insgesamt. Rüter und seinen Helfern gebührt erneut Anerkennung. Ihre Dokumentationen benötigt jeder, der über die Verbrechen der Nazis forscht.

Heiner Lichtenstein

Hinweis

Hamburg – Der Rechtspopulismus ist auch in Deutschland – wie das Phänomen Schill zeigt – auf dem Vormarsch. Die Schill-Partei errang bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg im September aus dem Stand 19,4 Prozent. Parteigründer Ronald Schill ist jetzt Innensenator. Fakten, die die auf die Oppositionsbank verbannte SPD nachdenklich machten. Auf Einladung der Sozialdemokraten diskutierten hochrangige Wissenschaftler wie der Düsseldorfer Parteienforscher Ulrich von Alemann und der Bonner Professor Frank Decker über das Thema. Sie analysierten den aktuellen Trend zu rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen und benannten die Faktoren, die diese Entwicklung begünstigen. Deckers Analyse: Bürgerliche Parteien, allen voran die Hamburger CDU machen mit Koalitionsangeboten Politiker wie Schill erst hoffähig. Außerdem lasse, so Decker, die Parteibindung der Wähler immer mehr nach. Diese Entwicklung ebnet Polit-Neulingen mit Charisma – wie Schill – den Weg zu Überraschungserfolgen. *V.S.*

Die Broschüre „Rechtspopulismus auf dem Vormarsch?“ kann kostenlos bezogen werden über die SPD Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg, Tel. 040 / 28 08 48 - 0, Fax -18.

Bücherschau**Vernichtungskrieg****Das Handbuch zur revidierten Wehrmachtsausstellung**

Zur Erinnerung: Über 800 000 Besucher zählte die vom Hamburger Institut für Sozialforschung erarbeitete Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, die im Frühjahr 1995 eröffnet und in 33 Städten gezeigt wurde. Sie löste in der Öffentlichkeit heftige Kontroversen über die Rolle der Wehrmacht im NS-Staat bis hin zur Polarisierung aus und wurde am 4. November 1999, nach einer erregten Debatte um die falsche Zuordnung von Fotos und Bildlegenden, zurückgezogen. Eine vom Hamburger Institut mit der Prüfung beauftragte Historikerkommission empfahl die Überarbeitung in einigen Punkten. Doch daraus wurde eine neue Konzeption und somit eine weitgehend neue Ausstellung, die zwei Jahre später, am 27. November 2001 in Berlin eröffnet wurde, dort viel Zuspruch und ein nahezu einhellig positives Echo fand. Vom 9. April bis 26. Mai wird die Ausstellung in Wien gezeigt.

Die neue Ausstellung gliedert nicht mehr geographisch nach Kriegsschauplätzen, sondern systematisch. Grundlegend zunächst das einleitende Kapitel „Krieg und Recht“, in dem das im Zweiten Weltkrieg geltende Kriegsvölkerrecht (Haager Abkommen, Genfer Rotkreuzkonventionen, Völkergewohnheitsrecht) und die im Mai/Juni 1941, also vor dem Überfall auf die Sowjetunion, erlassenen zentralen Befehle und Weisungen der Wehrmachtsführung behandelt werden, mit denen ja das geltende Kriegsvölkerrecht außer Kraft gesetzt wurde (Kriegsgerichtsbarkeitserlass, Kommissarbefehl). Daran schließt sich in sechs großen Kapiteln eine Darstellung der verschiedenen Dimensionen und Aspekte des Vernichtungskrieges im Osten an, an dem die Wehrmacht als Organisation beteiligt war: Völkermord (Ermordung der sowjetischen Juden, Pogrome); Sowjetische Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft (Massensterben, Arbeitseinsatz, Erschießung jüdischer Kriegsgefangener); Ernährungskrieg („Kahlfraßzonen“, Hungerpolitik zum Beispiel in Leningrad und Charkow); Deportationen (Rekrutierung von Arbeitskräften, Zwangsdeportationen, „Verbrannte Erde“); Partisanenkrieg (als Terrorinstrument gegenüber der Zivilbevölkerung und zum Mord an sowjetischen Juden ge-

nutzt); Repressalien und Geiseler-schießungen („Sühnequoten“ in Serbien, Massenerschießungen in Griechenland).

Es folgen ein Kapitel, in dem unter der Überschrift „Handlungsspielräume“ an acht Beispielen das konkrete Verhalten und die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten einzelner Personen in militärischen Entscheidungssituationen gezeigt wird sowie eine schlaglichtartige Darstellung der Auseinandersetzung mit den Wehrmachtsverbrechen nach 1945 in Ost- und Westdeutschland – mit einem ausführlichen und chronologischen Rückblick auf die erste Wehrmachtsausstellung. Ein Abkürzungsverzeichnis und eine Auswahlbibliographie beschließen den Band.

Die Aufbereitung des ungeheueren – und zugleich ungeheuerlichen – Materials ist mustergültig. Die entscheidenden Dokumente werden entweder zur Gänze oder in wesentlichen Auszügen gedruckt, oft als Faksimile und farbig, was die Lesbarkeit erhöht und die Unterscheidbarkeit der verschiedenen handschriftlichen Paraphen und Unterstreichungen erst ermöglicht. Den einzelnen Themen vorangestellt ist jeweils ein zusammenfassender Abschnitt (etwa nach Art eines „Le Monde“-Artikels). Wichtige Zitate und Kernsätze aus den Dokumenten werden am Seitenrand wiederholt – beides erleichtert sehr die Übersicht. Fotos werden dabei jeweils in ihrem Kontext erläutert und kommentiert: Die Aufnahmen aus Tarnopol, deren falsche Zuschreibung damals eine wissenschaftliche Kontroverse ausgelöst hatte, werden in einem ausführlichen Exkurs über Fotos als historische Quelle minutiös beschrieben und interpretiert. In den Gang der Darstellung eingebaut sind Auszüge aus vielen Quellen und aus der Sekundärliteratur, Kurzbiographien der Akteure, Erläuterungen und Definitionen. Der Satzspiegel ist außerordentlich großzügig bemessen und dank des vorzüglichen Druckes sind selbst die nahezu winzigen Literangaben noch ohne Lupe lesbar. Wer je versucht hat, in Ausstellungen und für längere Zeit die dort präsentierten Texte zu lesen, wird für die Alternative am Schreibtisch, die dieses Handbuch ja auch darstellt, dankbar sein.

Theo Meier-Ewert

Verbrechen der Wehrmacht, Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944, Ausstellungskatalog, herausgegeben vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Gesamtdirektion Ulrike Jureit, Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft mbH 2002, 749 Seiten, 30 Euro (ISBN 3-930908-74-3).

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Nation&Europa“ (NE), 52, Jg., Heft 3/2002:

Für diese Ausgabe hat man sich eingangs den Verfassungsschutz vorgenommen. Dabei vollzieht Herausgeber Harald Neubauer die Volte, sich vom eigenen Treiben zu distanzieren, sei doch der „deutsche ‘Rechtsextremismus’ ... zu erheblichen Teilen ein Schreckgespenst aus der Requisitenkammer des ... Verfassungsschutzes ... zur Ablenkung von tatsächlichen Problemen“. Dass dabei nicht ohne Häme ausgekommen wird („Arbeitsplatzsicherung“), ist naheliegend. Pauschal wird den Medien vorgehalten, den Unterschied zwischen Geheimdienst und „seriösem demokratischem Patriotismus“ nicht wahrgenommen zu haben. Hatte man der Schill-Partei unlängst (vgl. BNR 2/02) noch eine Absage erteilt, so sorgt sich K. Hansen jetzt, dass – wie weiland die NPD oder die Republikaner – Schill durch Diffamierung „erledigt“ werden solle, wobei als ungeheuerlich empfunden wird, dass sich hieran auch die Springerpresse beteiligt. Als Gegenstrategie wird dem forschen Innensenator der schnelle Aufbau einer schlagkräftigen Parteiorganisation empfohlen. Dem Bundestagswahlkampf sind zwei Beiträge gewidmet. Karl Richter empfiehlt Wahlverweigerung, weil es „keine Wahl“ zwischen den beiden Kandidaten gebe. Und sybillinisch beschwört er den Geist der Geschichte, die „immer von Minderheiten“ gemacht werde. Ins gleiche Horn tutet Franz Schönhuber, der aus „Freunde in der Not“ seine Begegnung mit dem vormaligen CSU-Generalsekretär zitiert, den „Beginn seiner Feindschaft gegen mich“. Dem Kandidaten, dem er den Sieg nicht zutraut, wird vorgehalten, er habe mit seinem Ziehvater Strauß das Zögern und Taktieren gemein und die Neigung, sich immer ein Hintertürchen offen zu halten. Und er warnt „jene Rechten“, die in Stoiber das kleinere Übel sähen, wie Strauß würden er und sein „Pitbull Beckstein“ in der Bekämpfung nationaler Kräfte sich nicht übertreffen lassen. Schönhuber selbst wird in einem Leserbrief kritisiert, dass er in dem vorherigen Heft den „USA-Krieg gegen Afghanistan“ mit dem „Polenfeldzug“ gleichgesetzt habe. Gefeierte wird der norwegische Schriftsteller und NS-Kollaborateur Knut Hamsun („Die Deutschen kämpfen für uns alle“). Der braune Barde Frank Rennicke verweist auf seine Internetseite, um „alles über die Existenzvernichtung meiner Familie“ nachzulesen und „Solidarität“ zu üben. (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 17. Jg., Nr. 11-14/2002:

Die seinerzeit bei Amtsantritt der rot-grünen Regierung ausgesprochenen Warnungen „vor einer anderen Republik“ sieht Paul Rosen als nicht unberechtigt an, schließlich sei das Zuwanderungsgesetz mit einem Verfassungsbruch durchgedrückt worden. Niemand frage mehr danach, ob Deutschland „ein Land der Deutschen mit hohem Ausländeranteil“ bleibe oder sich in eine multikulturelle Gesellschaft verwandele. Ohnehin bleibe auch nach dem „Kasperle-Theater um den Kompromiss-Antrag“ alles wie bisher, da es die Union nicht wage, sich konsequent gegen Zuwanderung zu stellen, heißt es in der JF. Rolf Stoltz bringt den starken Anstieg der Sozialhilfeausgaben vor allem in Zusammenhang mit den hier lebenden Ausländern. Als Kostenfaktor macht er unter anderem den Sozialhilfe beziehenden arbeitslosen „Gastarbeiter“ aus, was „ein Widerspruch in sich“ sei. Mit ihrer „passive(n) Bevölkerungspolitik“ habe letztendlich die Kohl-Regierung kräftig mitgeholfen, „multikulturelle Visionen zu realisieren“, stellt Robert Wiemer fest, eine Absage müsse der „fatalen Koalition von Multikulturalisten und Rentenarithmetikern erteilt werden, „die allein in Quantitäten denkt und propagiert, ‘Bevölkerung’ mit ‘Menschen’ aus aller Herren Länder beliebig ‘auffüllen’ zu können (12, 14/02). Für Hans-Helmuth Knütter „driftet das politische System scheinbar unaufhaltsam nach links“, das herrschende „Parteienkartell“ habe die „Einflussphären und die zu besetzenden Pfründe“ aufgeteilt. Als möglicher Katalysator zur Aufbrechung verdiene Ronald Schill Unterstützung (11/02). Ronald Gläser sieht angesichts des Niedergangs der Grünen die Einstellung der Zeitung „Die Woche“ als logische Folge. Das „rotgrüne Propagandaorgan“ sei dazu „im Kern zutiefst intolerant“ gewesen und habe die JF als „publizistischer Vorbote einer neuen Diktatur denunziert“, urteilt er (12/02). Begrüßt wird das provokative Auftreten und die Botschaft des – sich im Höhenflug befindenden – niederländischen Rechtspopulisten Pim Fortuyn nach „zwei Jahrzehnten des ‘politisch-korrekten Denkens’ und des liberal-technokratischen Ernstes (12/02). Chefredakteur Dieter Stein sieht sein Blatt zu Unrecht im NRW-Verfassungsschutzbericht erwähnt. „Kafkaesk“ sei dieses Anschwärzen einer Zeitung, die sich die Freiheit nehme, „jenseits der vorherrschenden Meinung auch unbequeme Autoren zu drucken und Tabu-Themen anzupacken“. Schließlich dürfen in der JF ja die antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“ und die rechtsextreme Zeitschrift „Mensch und Maß“ Anzeigen schalten (14/02). (gn)

Meldungen**Inland**

■ **Arnsberg** – Nachdem im vorigen Jahr eine Neonazikundgebung im nordrhein-westfälischen Arnsberg verboten blieb, startet der Hamburger Christian Worch, der auch seinerzeit Anmelder war, nun einen erneuten Versuch. Unter dem Motto „Bürgerrechte und Meinungsfreiheit auch im Sauerland!“ kündigte er für den 13. April eine Demonstration an. Der Landrat des Hochsauerlandkreises hat die Veranstaltung wegen einer „erheblichen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ verboten. Verwaltungsgerichte und eventuell Verfassungsgericht müssen nun über die Frage entscheiden, ob das Verbot Bestand hat.

■ **Berlin/Frankfurt** – NPD und so genannte freie Nationalisten wollen auch in diesem Jahr wieder zum 1. Mai auf die Straße gehen. Die NPD kündigt per Internet und in ihrer Zeitung „Deutsche Stimme“ Veranstaltungen in Berlin, Dresden, Göttingen und Nürnberg an. Auf Flugblättern wird zudem zu einem Aufmarsch in Ludwigshafen aufgerufen. Als Redner sind unter anderem Parteichef Udo Voigt (Dresden), sein Vize Holger Apfel und Friedhelm Busse (Berlin), Horst Mahler (Göttingen), der JN-Vorsitzende Sascha Roßmüller und der bayerische NPD-Chef Ralf Ollert (Nürnberg) sowie der – offenbar resigniert – aus dem Bundesvorstand ausgeschiedene Hans-Günter Eisenecker (Ludwigshafen) vorgesehen. Die „Freien Nationalisten“ zieht es erneut nach Frankfurt/Main. In der „Hochburg der multikulturellen Globalisierung“ hat Steffen Hupka unter dem Motto „Vielfalt statt Globalisierung“ eine Demonstration angemeldet.

■ **Bochum** – Der Deutsche Rechtsschutzbund e.V. (DRsK) weist in seinem jüngsten Rundbrief auf mögliche juristische Konsequenzen von (Leser-) Briefen hin. „Beachten Sie auch bei persönlichen Briefen an Fremde, keine möglicherweise strafbaren Äußerungen von sich zu geben!“ Verwiesen wird auf die Verurteilung des 23-jährigen Enkels von Rudolf Heß, Wolfgang-Andreas Heß, durch das Münchner Amtsgericht (BNR 3/02). „Die Lehre daraus: Beachten Sie auch bei Zitaten, dass die Wiederholung dessen, was ein anderer gesagt oder geschrieben hat, strafbar sein kann.“

■ **Chemnitz/Claußnitz** – Ein Konzert des rechtslastigen Neofolkmusikers „Der Blutharsch“, das

am 30. März im Gasthof „Roter Hirsch“ in Claußnitz bei Chemnitz über die Bühne hätte gehen sollen, ist abgesagt worden. Die Chemnitzer „Freie Presse“ hatte die ahnungslose Wirtin auf den rechten Gruftie aufmerksam gemacht und über das geplante Konzert berichtet. Hinter „Der Blutharsch“ verbirgt sich der Österreicher Albin Julius. Er verwendet die Sig-Rune als Symbol, ist fasziniert vom Thema Krieg und betreibt ein Label mit dem Namen WKN, was für „Wir Kapitulieren Niemals“ steht. Die Dresdner Veranstalter klagten auf ihrer Webseite: „Aufgrund zweier Hetzartikel (...) und (...) nächtlicher Graffiti- und Plakataktionen der Antifa Chemnitz (...) wurde uns leider der Veranstaltungsort gekündigt.“ Man wolle sich aber nicht in die Knie zwingen lassen und das Konzert andernorts durchführen.

■ **Filderstadt** – Steffen Ernle, Vorstandsmitglied des extrem rechten Cannstatter Kreises und Autor in dem NPD-Blatt „Deutsche Stimme“, befürchtet eine „Zombie-Fertigung in Regierungslabors“. Schuld daran sei der „nationale Ethikrat“, in dem die „katholische Kirche als von Gott selbst eingesetzte einstige Lehrmeisterin aller Völker in Sachen Moral“ angeblich lediglich nur „über knappe 4,2% der Stimmen besitzt“. Ernle, auch Autor in „Nation&Europa“, ruft die katholische Kirche zum „massiven Widerstand“ gegen die Bio- und Gentechnikpolitik der rot-grünen Bundesregierung auf. Abgedruckt wurde Ernles Artikel mit der Schlagzeile „Zombie-Fertigung auf Kanzler-Wunsch“ im „Mitteilungsblatt“ der rechtsklerikalen „Priesterschaft St. Pius X.“, die der Vatikan-Abtrünnige Erzbischof Lefebvre gegründet hat.

■ **Inning** – Grund zur Freude im Hause Sudholt. Der Druffel-Verlag, den der rechtsextreme Verleger Gert Sudholt neben zwei weiteren Verlagen betreibt, kann dieses Jahr auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Grunde soll vom 30. August bis 1. September 2002 das „2. Erlebniswochenende Geschichte“ stattfinden, bei dem „brennende zeitgeschichtliche Themen“ diskutiert werden sollen. „Ein halbes Jahrhundert steht der Druffel-Verlag im Dienste von Wahrheit und freiem Wort“. Laut Ankündigung wird die Veranstaltung in einer „mitteldeutschen Residenzstadt mit ICE-Anschluss“ stattfinden. Während für den Samstag Referate zu den „Grundproblemen der Geschichte des 20. Jahrhunderts“ geplant sind, soll am Sonntag zum ersten Mal die Helmut-Sündermann-Medaille verliehen werden. Sündermann war von 1942 bis 1945 stellvertretender Reichspresse-

chef der NSDAP, später Gründer des Druffel-Verlags und Ziehvater Sudholts.

■ **Kassel** – Im Internet fordert der „Sturm 18 Kassel – Kameradschaft Nordhessen“ offen zum Auspionieren von „Antifaschisten und Punks“ auf: „Sammelt Informationen über euch bekannte Antifaschisten, Punks ... Wichtige Informationen sind: ihre Treffpunkte, ihre Namen / Privatadressen, Fahrzeugtyp / Autokennzeichen, ihre politischen / kriminellen Aktivitäten.“ Betreiber der Neonazi-Homepage, die seit dem 25. Februar online ist, ist der 27-jährige Bernd Tödter. Tödter, der mehrere Jahre unter anderem wegen Körperverletzung in Neumünster einsaß, sorgte zuletzt Anfang 2000 für Schlagzeilen. Die Polizei entdeckte bei dem damals noch in Bad Segeberg lebenden Neonazi ein riesiges Waffenarsenal (BNR 5/00).

■ **Kiel** – Der in Kiel per Postfach residierende „Arbeitskreis für deutsche Politik“ (AfdP), der im vergangenen Oktober sein zehnjähriges Bestehen feierte, will an einem geheim gehaltenen Ort in Niedersachsen am 6./7. April seine Frühjahrstagung veranstalten. Auf der Referentenliste des rechtsextremen Vereins stehen unter anderem Gert Sudholt (Verlagsgesellschaft Berg), Friedrich Löffler (Referent bei der Gesellschaft für Freie Publizistik) und Dankwart Kluge (Autor in „Nation&Europa“). AfdP-Vorsitzender ist Wolfgang Dahmann, früher REP-Mitglied und Mitte der 90er Jahre DVU-Landesvize in Schleswig-Holstein.

■ **Mainz** – Die aktuelle Ausgabe der „Nachrichten der HNG“ zählt rekordverdächtige 52 säumige Beitragszahler auf. Damit umfasst die „Schwarze Liste“ ein knappes Dutzend mehr Neonazis als bei der letzten Veröffentlichung im Oktober des vergangenen Jahres. Wiederum mit von der Partie ist der Ludwigshafener Nazi-Skin und JN-Funktionär Christian Hehl. Die neonazistische Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) ist den aktuellen „HNG-Nachrichten“ zufolge bemüht, „zu allen politischen Gefangenen, Kriegsgefangenen und nationalen Organisationen in der Welt Kontakt“ aufzubauen. Betraut mit dieser überdimensionierten Aufgabe ist Andreas Marhauer aus dem niedersächsischen Sahlde. Der 30-jährige Marhauer, vormals Herausgeber des Skinzines „Der letzte Schrei“ wurde 1996 erstmals in den HNG-Vorstand gewählt.

■ **Pommersfelden** – Der 1992 in Husum gegründete Schulverein zur Förderung der Russland-

deutschen in Ostpreußen e.V., der von der Bundesregierung als rechtsextrem eingestuft wird, führt vom 19. bis 21. April seine Jahrestagung – wie auch im vergangenen Jahr – im bayrischen Pommersfelde durch. Als Referenten sind unter anderem Heinrich Lummer, Albrecht Jebens (Vorstandsmitglied der Gesellschaft für freie Publizistik, GFP), Werner Obst (GFP-Referent), Lothar Höbelt (FPÖ-Berater, JF-Autor) und Ferdinand Fürst von Bismarck angekündigt. Initiator des Schulvereins ist der umtriebige rechtsextreme Kieler Verleger Dietmar Munier (Arndt-Verlag).

■ **Riesa** – Neu im Angebot von „Pühse's Liste“ findet sich neben einschlägigen CDs von Rechtsrock-Bands wie „Bluttausch“ oder „Propaganda“ auch das Buch „Hell's Angel“ von Sonny Barger. Die weltweit organisierten „Höllengel“ werden vom Bundeskriminalamt zu den „kriminellen Motorradbanden“ gerechnet. Auch ein Video von Barger, dem langjährigen Hell's Angel-Chef, bietet der Versand des NPD-Kaders Jens Pühse (vormals Mitglied der Nationalistischen Front) in seiner aktuellen „Hauptliste“ an. Pühse führt in Riesa auf dem Gelände des NPD-nahen Verlages „Deutsche Stimme“ (DS) einen „Szeneladen“.

■ **Scheeßel** – Maik Sieberhagen (Scheeßel), einer der Köpfe der „Militärhistorischen Arbeitsgemeinschaft“ (MIHAG), plant mit Gleichgesinnten für dieses Frühjahr eine „Fahrt auf den Spuren der Ausbruchgruppe um SS-Brigadeführer Heinz Harmel“, auf der „der Weg aus dem Kessel von Spremberg bis zum Erreichen der Stellungen des Fallschirmpanzerkorps 'Herman Göring' besichtigt werden soll.“ „Besonders für junge Kameraden“, so Sieberhagen, „ist eine Reise in die Niederlausitz zu empfehlen, da hier noch sehr viele Stellungssysteme von drei namhaften deutschen Verbänden auf engstem Raum vorhanden sind“. In einschlägigen Kreisen ist der 34-jährige Sieberhagen als Autor in den SS-treuen Blättern „Der Freiwillige“ und „Die Kameradschaft“ (Österreich) bekannt. Oberstes Gebot der MIHAG „ist die freie Geschichtsforschung in neutraler Wertung, ohne Einschränkung durch 'Political Correctness'“. Die MIHAG veröffentlicht regelmäßig Artikel in der Monatszeitschrift „Der Freiwillige“.

■ **Wolfsburg** – Georg Albert Bosse, langjähriger Herausgeber und Verleger der revisionistischen Publikation „Recht und Wahrheit“ (RuW) hat die Leitung der Zeitschrift und der Lesertreffen abgegeben. Das nächste Frühjahrslesertreffen vom 23. bis

zum 26. Mai („Tagungsort ist unseren Stammteilnehmern bekannt!“) wird, so die aktuelle Ausgabe von RuW, ohne den 74-jährigen Bosse stattfinden. Die Organisation des Treffens obliegt jetzt dem früheren NPD-Vorsitzenden Günter Deckert. „Mein langjähriger Gesinnungsfreund, der weithin bekannte deutsche Patriot und unerschrockene Kämpfer für RECHT UND WAHRHEIT, Günter Deckert übernimmt diese Aufgabe im Sinne unserer RuW-Tradition.“ Der vorbestrafte Bosse soll seine Heimatstadt Wolfsburg in Richtung Mallorca verlassen haben. Die neue Kontaktanschrift von RuW ist eine Postfachadresse in Eckernförde.

Ausland

■ **Schweiz (Dreien)** – Mehr als 100 Mitglieder und Sympathisanten der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) versammelten sich am 16. März im schweizerischen Dreien zu einem konspirativ durchgeführten Treffen. Präsident der NPD-nahen PNOS ist der Liestaler Bauarbeiter Sacha Kunz (vormals Führungskader von „Blood&Honour“), Vize ist Jonas Gysin. Angaben von Peter Eggenberger, Pressesprecher der Kantonspolizei St. Gallen, rekrutieren sich PNOS-Mitglieder aus der gesamten deutschsprachigen Schweiz und dem benachbarten süddeutschen Raum. Prominentes PNOS-Mitglied ist Bernhard Schaub. Schaub, gern gesehener Referent bei der NPD, fordert in seinen Schriften die Abschaffung der Demokratie, die Errichtung eines Führerstaates und verharmlost den Holocaust.

■ **Schweiz (Zürich)** – Die Mitglieder des Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis (VPM) haben auf einer Generalversammlung die Vereinsauflösung beschlossen. In einer „Pressemitteilung“ behaupten die VPM-ler, der Entscheid sei im Bewusstsein gefasst worden, „dass ein beträchtlicher Teil der Vereinsziele“ erreicht worden sei. Ein letzter Hinweis auf die oft verzerrte Wahrnehmung der Realität: In der Drogenpolitik verlor die Psychosekte den Kampf gegen einen vernünftigen Umgang mit illegalen Drogen, in der Aids-Politik scheiterten sie mit ihren repressiven Vorstellungen und auch mit bildungspolitischen Ideen konnten sie sich auch nicht durchsetzen. Der Auflösungsentscheid kam überraschend, auch das Motiv ist unklar. Sicher ist vorerst: Die einst vom VPM dominierten Nebenorganisationen bestehen vorerst weiter. So der Verein Jugend ohne Drogen, der Verein Mut zur Ethik oder auch die Aids-Hilfe Schweiz.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin ###9
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 07-2002 / Abo 5292719000

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Lausitzerstr. 10
10999 Berlin

■ **USA (Orange County/Kalifornien)** – Das 1978 gegründete holocaustleugnende Institute for Historical Review (IHR) führt vom 21. Juni bis 23. Juni in der südkalifornischen Stadt Orange County seinen 14. Kongress durch. Als Referenten angekündigt sind die einschlägig bekannten Revisio-nisten Robert Faurisson, Mark Weber, Bradley Smith, Greg Raven und Tomislav Sunic sowie ein „Gelehrter“ aus dem arabischen Raum, dessen Name noch geheim gehalten wird. Interessenten lässt die IHR-Homepage wissen, dass die Veranstaltung ein „privates Treffen“ sei und nicht jedermann teilnehmen könne. Teilnehmer waren früher auch die Altnazis Leon Degrelle, Otto-Ernst Remer und Florentine Rost van Tonningen.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.